

Nicaragua

„ Die Lage der Energieversorgung enthüllt einen der größten Misserfolge unserer politischen Klasse “

Ruth Selma Herrera vom Nationalen Netzwerk zur Verteidigung der Konsumenten, das sich in Nicaragua seit dreiundeinhalb Jahren mit Einfallsreichtum und Beharrlichkeit Gesetzesvorhaben, Vorschläge, Untersuchungen, Anzeigen und die Mobilisierung der Verbraucher organisiert, analysierte in dem nachstehend wiedergegebenen Gespräch mit ENVIO die historischen, sozialen, wirtschaftlichen und ethischen Aspekte der aktuellen Energiekrise in Nicaragua.

Wenn jemand verfolgt, was sich in Nicaragua auf dem Energiesektor ereignet, stellt fest, dass sich die politische Klasse, die dieses Land regiert hat, vor einem ihrer größten Misserfolge steht. Energie ist von fundamentaler Bedeutung für die Entwicklung eines Landes und die Verbesserung der Lebensverhältnisse seiner Bevölkerung. Nicaragua nicht rechtzeitig die erforderlichen Investitionen getätigt, um über ausreichende Energie verfügen zu können. Das, was wir heute erleben, sind die Folgen von fehlendem Verantwortungsbewusstsein und strategischer Vorausschau.

In den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde in Nicaragua elektrische Energie von auf privater Basis betriebenen kleinen Wasserkraftwerken oder thermischen Kraftwerken, die dem industriellen Sektor dienten, erzeugt. Es gab einige Anlagen, die ihre Energie auch in den wichtigsten Städten anboten. Unter diesen Bedingungen der Energieerzeugung trug 1945 der Staat weniger als 30% zum Gesamtangebot an elektrischer Energie bei, das in diesem Jahr 67 Gigawatt (GW) betrug. Im Lauf der Jahre veränderte sich die Lage, denn der Staat begann durch den Kauf privater Kraftwerke in diesem Bereich zu investieren. So erreichte die nationale Energieerzeugung 1963 einen Stand von 241 Gigawatt, von denen nur noch 32% aus privater Erzeugung stammten. Der Anteil thermischer Energieerzeugung betrug in demselben Jahr 198 GW. In den 50er Jahren entschied sich der Staat auf dem Gebiet der Energie eine vorherrschende Rolle zu übernehmen. Im Jahre 1954 wurde das staatliche Energieunternehmen ENALUF (**E**mpresa **N**acional de **L**uz y **F**uerza) und als Regulierungsinstanz die Nationale Energiekommission gegründet. Bereits 1957 gab es einen Investitionsplan für den Energiesektor und man ersetzte veraltete Kraftwerke durch das Dampfkraftwerk in Managua, von wo aus sich die Energieversorgung in die Pazifikzone hin ausdehnte. Der Investitionsplan von 1957 nahm seinen Anfang mit der Planung und dem späteren Bau des 50 MW-Wasserkraftwerkes „Centroamerica“ in Jinotega und man begann zu dieser Zeit auch mit dem Bau des Kraftwerkes „Santa Barbara“ in Ciudad Dario.

Von dieser Zeit an bis 1979, als die Somoza-Diktatur endete, befand sich der Elektrizitätssektor schon mehrheitlich in staatlicher Hand und man hatte bereits einige Studien zur Nutzung der Erdwärme vulkanischen Ursprungs erstellt. Das erste geothermische Kraftwerk war die Anlage von Tisuco, heute Puerto Sandino, mit zwei Blöcken von 50 und 56 MW. Gleichzeitig wurde die Verbindung des Netzes mit Costa Rica eingeleitet. Mit einer Leistung von 379 MW, das waren 40% der nationalen Energieerzeugung, erreichte 1976 die Stromerzeugung durch Wasserkraft ihren höchsten Stand. Zunehmende Probleme auf Grund von Trockenperioden, fehlende Investitionen und anderer Faktoren ging der Anteil der aus Wasserkraft erzeugten Energie Ende der 70er Jahre auf nur noch 11,7% zurück.

Zum Zeitpunkt des Sieges der Sandinistischen Revolution betrug die installierte Leistung der Kraftwerke, die geothermische Anlage am Vulkan Momotombo nicht eingerechnet, 357,7 MW. Während der 80er Jahre lagen die Investitionen im Energiebereich nahezu bei Null. Einzig die Inbetriebnahme des 50 MW geothermischen Kraftwerkes am Momotombo war in dieser Zeit herausragend. Die Veränderungen in jener Zeit bestanden eher aus dem Wechsel von Namen. So wurde aus ENALUF der Begriff ENEL (**E**mpresa **N**icaragüense de **E**lectricidad). Durch die unterschiedlichsten Umstände, Krieg, Blockade, die Ausgaben für nie zu Ende geführte Megaprojekte usw. wirtschaftete die Revolution auf dem Energiesektor mit dem was sie geerbt hatte. Wahrscheinlich besaßen die für diesen Bereich zuständigen Funktionäre nicht den Unternehmungsgeist, neue Kraftwerke in Angriff zu nehmen, obwohl es in jenen Jahren möglich gewesen wäre, hierfür die notwendigen Finanzmittel zu bekommen. Ich denke, dass ihnen, noch mitten im Krieg, der strategische Weitblick für diesen Sektor fehlte und sie nicht dessen Wichtigkeit erkannten, um ihn in eine dynamische Grundlage für die gesamte Wirtschaft zu verwandeln.

Gemäß den Daten von 2003, die auf dem thermischen Äquivalent basieren, erreicht die Energieproduktion 534 MW und verringert sich durch Verluste von 35,8% auf reale 343 MW. Die Struktur der Energieerzeugung in diesem Jahr setzt sich aus 80,3% thermische Energiegewinnung (Verstromung von Erdölderivaten), 9,7% Wasserkraft und 9,9% geothermische Herkunft zusammen.

In der Somoza-Ära durchgeführte Studien bezifferten das Potenzial an erneuerbaren Energien über die Nicaragua verfügt auf 1.000 MW für die Nutzung von Erdwärme, 1.760 MW für Energie aus Wasserkraft und 200 MW aus Windkraft. Hätte man auch nur einen Teil dieser Möglichkeiten umgesetzt, hinge Nicaragua heute bei der Energieerzeugung nicht vom Erdöl ab, würde das dreifache seines Eigenbedarfs produzieren und könnte neben der Einsparung von Devisen Elektrizität in die zentralamerikanische Region exportieren. Mit Ausnahme von Costa Rica sind alle unsere Nachbarn in Zentralamerika auf dem Sektor der Energie vom Erdöl abhängig.

Die Pläne und durchgeführten Studien haben wenig genützt. Die großen Ideen der Regierungen die der Revolutionsregierung nachfolgten waren nahe daran, die vorhandenen und mehrheitlich veralteten geothermischen Kraftwerke zu privatisieren und für einen Apfel und ein Ei an das spanische aber international agierende Unternehmen Unión Fenosa zu verkaufen, das heute in Nicaragua das Monopol für den Verkauf von Elektrizität hat. Als Folge fehlender Weitsicht sehen wir uns heute bei der Energiegewinnung Ausgaben für das erforderliche Erdöl gegenüber, die fast 100% unserer Exporterlöse aufzehren, Kosten die zudem gegenwärtig täglich ansteigen. Die Ausgaben für Erdöl betragen im Jahr 2003 schon 85,2 Millionen US-Dollar. Heute wird diese Rechnung täglich teurer.

Betrachtet man die gesamte Historie, so kann man nur zu einem Schluss gelangen: es ist offensichtlich, dass die politische Klasse die Nicaragua regierte, niemals wahrgenommen hat, dass ein Land, das nicht die Kontrolle über seine Energieerzeugung besitzt, keine Entwicklungsmöglichkeiten hat.

Die Rechtfertigung vieler Energiefachleute dafür, dass man in den 60er, 70er und 80er Jahren nicht mehr in alternative Energien – Wasserkraft oder Erdwärme – investiert hat, lautet dass damals der Erdölpreis viel billiger war und es teurer gewesen wäre in Wasserkraftwerke oder geothermische Anlagen zu investieren, die zunächst große Investitionen erfordert hätten, obwohl sich die Kosten schrittweise amortisiert hätten und diese Art der Energieerzeugung rentabler gewesen wäre, als Erdöl für den Betrieb von Verbrennungskraftwerken zu kaufen. Auch die internationalen Institutionen veranlassten, keine Ausgaben in eine neue Energie-Infrastruktur zu lenken. So vereinigen sich verschieden Faktoren: der Erdölpreis, die Auflagen der internationalen Institutionen und der fehlende strategische Weitblick der Regierenden. Das konkrete Ergebnis ist, dass die einzigen Wasserkraftwerke und geothermischen Kraftwerke in Nicaragua heute die sind, die man in der Zeit Somozas gebaut hat.

Mit der Regierung von doña Violeta Chamorro begann man damit, alles zu privatisieren, was während der Revolution nationalisiert worden war. Man trennte das Produktionsunternehmen ENEL von der Führungseinheit INE (Instituto Nicaragüense de Energía). Eine der ersten Maßnahmen war die Privatisierung der geothermischen Kraftwerke und der Gaskraftwerke, die zu lächerlichen Preisen verramscht wurden. Sie gelangten in den Besitz einiger ausländischer Privatunternehmen, die nur in Verbrennungskraftwerke investierten, die teure Energie liefern. Im Einzelnen sind dies Censa in León, das Kraftwerk von Coastal Power in Tipitapa und in Corinto die Anlage Corinto Power (früher im Besitz der berühmten ENRON). An das US-amerikanische Unternehmen Coastal Power und den Mitinvestor, die zentralamerikanische Bankgruppe UNO verkaufte man das Kraftwerk Tisuco und das Kraftwerk von Chinandega. Zusammen mit dem Kraftwerk von Tipitapa setzte sich Coastal Power damit im Bereich der Energieerzeugung in Nicaragua an die Spitze und bietet mehr oder weniger 40% der insgesamt im Lande erzeugten Energie an.

Die Ausschreibung zum Verkauf des Erdwärmekraftwerks von San Jacinto Tizate (Polaris Geotérmica) gewann vor zehn Jahren Erwin Krüger, der gegenwärtige Präsident des Obersten Rates der Privatunternehmen Nicaraguas, damals Minister für internationale Zusammenarbeit in der Regierung von doña Violeta Chamorro. Aber dieser „investierende Unternehmer“ hat nach dem Erwerb der Anlage keine nennenswerten Investitionen geleistet und bis heute erzeugt das Kraftwerk weniger als 8 MW obwohl ein Potenzial von 70 MW vorhanden ist. Dies ist ein Beispiel für die Ineffizienz auf dem Gebiet der Energieerzeugung. Das geothermische Feld am Vulkan Momotombo – früher Patricio Argüello- das in Kooperation zwischen ORMA (Regionalbüro für Mittelamerika) und ENEL genutzt wird, erzeugt annähernd 30 MW.

Hidrogena (früher Planta Centroamérica y Santa Bárbara) ist weiterhin eine staatliche Einrichtung und öffentlicher Besitz. Im Jahre 2002, schon unter der Regierung von Bolaños, wollte man dieses Kraftwerk unter Einschaltung der Bankengruppe UNO von Ernesto Fernandez Hollman privatisieren. Aber wir führten einen harten Kampf mit Strafanzeigen, gesetzlichen Mitteln und Initiativen gegen diesen Plan und konnten mit Unterstützung des Petitionsausschusses in diesem Fall das Vorhaben verhindern. Der Plan der Regierung war, Hidrogena für 40 Millionen US-Dollar die in fünf Jahresraten zu bezahlen gewesen wären, an Coastal Power zu verkaufen. Hidrogena erzeugt alleine in einem Jahr einen Gewinn von 18

Millionen US-Dollar. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Dinge in Nicaragua laufen, einem Land, das seine Ressourcen für ein Nichts verschleudert.

Gegenwärtig ist Hidrogesa 24 Stunden in Betrieb ohne dass etwas für die technische Instandhaltung getan wird, so dass ein Kollaps der Anlage jederzeit geschehen kann. Jedes wichtige Ersatzteil was das Kraftwerk benötigt, muss in Deutschland hergestellt werden und bis es schließlich an Ort und Stelle ist, vergehen sechs Monate. Dessen ungeachtet gibt der Staat lieber eine Subvention in Höhe von 5 Millionen US-Dollars an die spanische Union Fenósa. Und auf Grund des im September dieses Jahres von der Nationalversammlung verabschiedeten Energiesicherstellungsgesetzes erhalten die privaten Stromerzeuger und Unión Fenosa aus staatlichen Mitteln weitere 30 Millionen US-Dollar! Was tut man da? Mit dieser Politik ist man dabei, das einzige gewinnbringend Wasserkraftwerk des Landes zu ruinieren und zu verzehren. Kann es denn sein, das Präsident Bolaños, diejenigen die den Energiesektor führen und die Abgeordneten der parlamentarischen Infrastrukturkommission, die dieses Gesetz verabschiedet haben, nicht wissen, dass man diese öffentlichen Gelder dringend in bestehende Anlagen investieren muss und dies eine strategische Notwendigkeit ist?

Um für unsere Energieprobleme eine Lösung zu finden ist es erforderlich die gesamte Kette des Energiesektors zu analysieren und zu überprüfen. Beginnen wir dabei mit dem Brennstoffe, dem Erdöl, das wir kaufen. Wir wissen auf Grund von Daten der CEPAL (Comisión Económico para América Latina = UNO - Wirtschaftskommission für Lateinamerika) und nationaler Fachleute wie Ricardo Meléndez, Adolfo Acevedo und Néstor Avedaño, dass Nicaragua das Land in Zentralamerika ist, das sein Erdöl am teuersten einkauft. Einer der Gründe hierfür ist, dass die Energieerzeuger das Erdöl nicht gemeinsam einkaufen, sondern ihre Käufe jeder für sich vornimmt und jeder seine eigenen Lieferverträge hat. Ein elendes Ländchen, in dem jeder Kraftwerksbetreiber seine Direktimporte tätigt! Wir wissen das bei dieser Art von Einkauf nicht die besten Preise erzielt werden und alle zudem noch Schmiergelder zahlen müssen. Unsere Organisation hat während des Nationalen Dialogs in den Fachgruppen als Alternative vorgeschlagen, dass sich alle Energieerzeuger beim Einkauf von Erdöl zusammenschließen sollten. Aber dieser Vorschlag hat niemanden interessiert, denn jeder der Kraftwerksbetreiber hat für seine Erdölbeschaffung ein Netzwerk von Leuten geformt, die alle als Zwischenhändler und Agenten am Einkauf und den Schmiergeldern mitverdienen.

Ein anderer Grund ist, dass der Essokonzern in Nicaragua ein besonderes Schutzprivileg besitzt. Esso verfügt über das Monopol an der einzigen Ölpipeline des Landes, um auf diesem Wege den Brennstoff ins Land zu befördern. Nach der Raffinade des Rohöls kassiert Esso für jedes Fass Treibstoff einen Aufschlag von 5 bis 15 US-Dollar. Und obwohl Esso mit Nicaragua vereinbart hat, über diese Leitung das vom Land zu kaufende Endprodukt zu befördern, verstößt das Unternehmen gegen diese Vereinbarung und nutzt sein Monopol an der Pipeline, um über die Weiterverarbeitung des darin beförderten Rohöls zusätzlichen Gewinn zu erzielen. Und es erscheint nicht eine staatliche Autorität auf dem Plan, der hierüber mit dem transnationalen Unternehmen verhandelt. Selbst kapitalistische Länder verhandeln gegenwärtig mit den Erdölgesellschaften, um zu verhindern, dass der Preisanstieg bei Erdöl für ihre Bevölkerung nicht zu drastische Ausmaße und Auswirkungen annimmt. In Nicaragua nicht, hier bringt man diese Möglichkeit nicht einmal zur Sprache. Bevor die internationale Ölkrise ausbrach kam auch niemand auf den Gedanken, die Preiserhöhungen für den Kauf von Erdöl über eine Versicherung aufzufangen. Dies ist nur das erste Glied der Kette.

Das zweite Glied in der Kette sind die Energieerzeuger selbst. Als wir mit unseren Überprüfungen begannen entdeckten wir, dass ein großer Teil ihrer Einnahmen in die Zahlungen für Kredite und Zinsen flossen. Als wir die Frage stellten: „Warum verwenden Sie als Investoren nicht ihre eigenes Geld?“ zog man sich sehr ärgerlich zurück und nannte die Frage beleidigend und meinte, dass heutzutage Investoren überall auf der Welt immer mit fremden Geld, mit Krediten arbeiteten. Wir erwiderten hierauf: „Aber in diesem Land, mit dem Ausmaß von Armut und Arbeitslosigkeit das wir haben, es nicht zur Rentabilität beiträgt, gute Gewinne dazu verwendet, an Vermittlungsbanken zu zahlen, hohe Gehälter für die Unternehmensleitung zu zahlen und nicht einmal das eigene Geld für Investitionen zu riskieren. Das was in Wahrheit dahinter steckt ist, dass einige Nicaraguaner die Lizenz eines transnationalen Unternehmens oder eine örtliche Konzession erlangt haben und damit in „Unternehmer“ im Energiebereich verwandelt haben. Aber sie sind Unternehmer die niemals auch nur das Geringste investieren. Für die Unterhaltung der Energieanlagen geben sie nur das minimal nötigste aus, weshalb diese jederzeit ausfallen können.

Außer dass diese Unternehmer nichts investieren, zahlt ihnen die Regierung unabhängig davon ob sie Energie erzeugen oder nicht unter dem Titel „Leistungsfaktor“ auch noch einen festen Grundbetrag. Dies war eine Erfindung der Regierung von doña Violeta im Rahmen der berüchtigten PPA -Verträge

(engl. **Power Purchasing Agreement** = Energiebeschaffungsabkommen), einem Abkommen, das den Energieunternehmen besondere Konditionen einräumt, um einen Anreiz für Investitionen in einem Land „hohen Risikos“ zu schaffen. Diese Verträge wurden vor 14 Jahren abgeschlossen und obwohl wir als Organisation dachten, sie seien längst hinfällig, wurden sie immer wieder erneuert und zusätzlich andere abgeschlossen. Unsere Organisation stellt die Frage, ob die privaten Energieerzeuger mit dieser Art von Privilegien weitermachen können und ob es unter den gegenwärtigen internationalen Umständen in denen der Erdölpreis unaufhaltsam steigt, nicht eine Autorität geben muss, die sich bewusst ist, dass der Erdölpreis alle anderen Preise in der Wirtschaft bestimmt, die erwähnten Verträge annulliert und öffentliche Investitionen im Energiebereich vornimmt. Wir können in diesem Sektor doch nicht abhängig bleiben von einer abgekapselten Mafia, die sich ständig verteuern Energie produziert und das ist der Gipfel, jetzt auch noch daran interessiert sind, sich die Konzessionen für alternativer Energien wie Wasserkraft, Erdwärme und Windkraft anzueignen. Das ist es, wonach sie jetzt streben.

Das dritte Glied in der Kette ist die Verteilung von Energie. Und hier erscheint die Unión Fenosa. Als man damit anfang die Elektrizitätsverteilung zu privatisieren, verkaufte man uns diese Idee mit den Argumenten, dass sich die Qualität dieser Dienstleistung verbessern würde, man den Versorgungsbereich erweitern und wolle und Strom wahrscheinlich billiger würde. Dies war die Verpackung, in der man uns die Privatisierung des Versorgungsunternehmens für elektrische Energie präsentierte. In der Praxis ist dann fast vollständig das Gegenteil geschehen: heute zahlen wir für eine mangelhafte Dienstleistung höchste Preise, mit denen uns diese „großen Investoren“ ihre Ineffizienz überwälzen.

Das spanische Unternehmen Unión Fenosa kam zwischen 1987 und 1988 nach Nicaragua um das staatlichen Elektrizitätsunternehmen ENEL bei der notwendigen Modernisierung seiner Informationssysteme und der zugehörigen Computerprogramme zu beraten. Nachdem sie neue Systeme an ENEL verkauft und installiert hatte, verließ Unión Fenosa Nicaragua mit der vollständigen Kenntnis unseres Systems. Im Jahre 1998 wurde das Energiegesetz mit den Stimmen aller Abgeordneten, ob liberal oder sandinistisch vom Parlament in der Weise reformiert, dass man nun der Privatisierung im Bereich der Stromverteilung favorisierte. Das Gesetz wurde genau mit dieser Absicht entsprechend zurechtgemacht. Im Jahre 2000 wurde zur Umsetzung der Privatisierung dieser Dienstleistung die Ausschreibung durchgeführt und es trat die Unión Fenosa als einziger Bewerber auf. Und obwohl die Ausschreibung bei nur einem Bewerber für gescheitert hätte erklärt werden müssen, erhielt die Unión Fenosa den Zuschlag. Um nicht als Monopol wahrgenommen zu werden, erweckte das spanische Unternehmen danach mit dem Kauf von Disnorte (Distribuidora Norte = Verteilerin Nord) und Dissur (Distribuidora Sur = Verteilerin Süd) den Anschein des Bestehens zweier verschiedener Unternehmen. Genau mit diesem Ziel waren beide „Firmen“ vorher noch von ENEL gegründet worden.

Für nur 115 Millionen US-Dollar verkaufte der Staat das gesamte Leitungsnetz samt allem Anlagevermögen und damit den rentabelsten Bereich der nationalen Energieversorgung an Unión Fenosa. Der Vorsitzende von ENEL der die gesamte Operation durchführte, war zu diesem Zeitpunkt der gegenwärtige Präsident der Republik Enrique Bolaños, nach seiner Zeit bei ENEL vorher noch Vizepräsident der Regierung Alemán. Seit die Unión Fenosa nach Nicaragua kam, war Bolaños ihr „Pate“. Und tatsächlich, als Bolaños die Präsidentschaft der Republik gewann, war eine seiner ersten Missionen nach Spanien zu reisen und mit Unión Fenosa zu verhandeln. Er kündigte dem Unternehmen an, ihm behilflich zu sein, innerhalb nur weniger Monate die Tarife für elektrische Energie anzuheben. Und wirklich, nach sechs Monaten genehmigte er dem Unternehmen die Erhöhung der Tarife. Unsere Organisation legte gegen diesen Vorgang Rechtsmittel ein, weil der Präsident der Republik nicht die Befugnis hat, die Tarife zu bestimmen, hierfür ist die INE (Instituto Nicaragüense de Energia) zuständig. Es vergingen neun Monate eines großartigen Gerichtsverfahrens, das wir gewannen. Und was tat Bolaños? Er befahl seinem Minister Eduardo Montealegre, ohne dass dies vom Parlament autorisiert worden wäre, aus öffentlichen Mitteln 12 Millionen US-Dollar als Subvention an die Unión Fenosa zu übertragen. Aber das Parlament focht diesen Vorgang nicht an. Und so blieb es. Das Geld für diese Transaktion wurde aus dem Verkauf von Hidrogesa abgezweigt, hinter der Ernesto Fernández Hollmann stand und noch steht, Teilhaber der Tageszeitung „La Prensa“, der Bankengruppe Banco Uno, der Firma Coastal Power und Bolaños sehr nahe stehend. Der Energiesektor ist von Gruppen umgeben, die sehr einflussreich an ihre Interessen denken und bei denen man nie weiß, wohin der Hase springt.

Bei der Untersuchung des Vertrages mit Unión Fenosa durch unsere Organisation, wobei wir uns an die INE, den Petitionsausschuss und alle einschlägigen Instanzen wandten, haben wir noch nicht erreicht, dass irgendeine Instanz im einzelnen nachprüft hätte, ob das Unternehmen, das die Konzession erhielt, nicht auf die Stromverteilung spezialisiert gewesen ist und wenn dies so gewesen wäre, ein geeignetes ausführendes Unternehmen unter Vertrag hätte nehmen müssen, das 25% des Kaufpreises hätte leisten

und 2% der Gewinne an Unión Fenosa hätte abführen müssen. Unión Fenosa nutzte diese Klausel aus und obwohl auf die Stromverteilung spezialisiert, gründete sie auf dem Papier unter dem Namen „Distribuidora de Energia Nicaragua“ (Verteilerin für Energie Nicaragua) eine Firma, die sie dann selbst unter Vertrag nahm. Diese „Firma“ übertrug nach diesem Manöver ihre Aktien an Unión Fenosa International und ohne dass hierfür die geringste Notwendigkeit bestand, hat das Scheinunternehmen in Form der 2% Gewinnabführung von Nicaragua bis 2003 mehr als 2 Millionen US-Dollar an Gewinnen kassiert und über Unión Fenosa International nach Spanien transferiert.

Auf Verlangen der INE musste sich Unión Fenosa in der Periode 2001 – 2003 einer Überprüfung durch die Gruppe Gaitán & Teilhaber unterziehen. Unsere Organisation besitzt das Ergebnis dieser Überprüfung. In diesem Dokument wird auch bestätigt, dass unsere Organisation während der ganzen Jahre immer wieder darauf hingewiesen hat: dass Unión Fenosa keine der zugesagten Investitionen getätigt hat und praktisch noch immer mit dem Leitungsnetz, den gleichen Kabeln und Leitungsdrähten arbeitet, die das Unternehmen vorgefunden hat und selbst keine Erweiterung des Versorgungsnetzes vorgenommen hat. In einigen Gemeinde und Stadtteilen wo eine Erweiterung des Netzes erfolgte, geschah dies mit der Beteiligung von PNUD (Programa de los Naciones Unidas para el Desarrollo – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen), der US-amerikanischen Hilfsorganisation CARE und Geldern aus japanischen und taiwanesischen Hilfsfonds, obwohl Unión Fenosa die Mittel aus diesen Quellen samt und sonders als eigene Investitionen auswies. Der größte Teil des Stromnetzes die wir heute haben, stammen noch aus der Somoza - Epoche und in allen Stadtteilen Managuas kann man verfaulte und halbverfaulte Strommasten sehen, schief und kurz vor dem Umstürzen. Mit Beginn der jetzigen winterlichen Regnfälle gab es plötzliche Stromausfälle, die durch den Zusammenbruch des Stromnetzes und der veralteten Transformatoren verursacht wurden.

Die Überprüfung ergab, dass Investitionen von Unión Fenosa im Wesentlichen in der Installation von Stromzählern bestand. Unsere Organisation hat ebenfalls bekannt gemacht, dass die Anbringung von Stromzählern mit größerer Anzeigegenauigkeit das einzige war, in das das Unternehmen investiert hat. Aber wenn man diese Art von Messgeräten in Häusern wie die in Nicaragua üblichen anbringt, in denen keine Erneuerung der internen häuslichen Elektroinstallation stattgefunden hat, zeigen die Geräte nicht den wirklichen Energieverbrauch an. Und dies ist vielen Verbrauchern widerfahren: mit dem Austausch des Stromzählers verdoppelten sich die Kosten, obwohl sie nicht den doppelten Verbrauch hatten.

Unión Fenosa hat auch seine Dienstleistung nicht ausgeweitet. Nicaragua ist eines der lateinamerikanischen Länder mit dem niedrigsten Versorgungsgrad bei elektrischer Energie. In Nicaragua verfügt nur die Hälfte der Bevölkerung über elektrische Energie. Unión Fenosa behauptet, ihre Dienstleistung für mehr als 150.000 Verbraucher ausgeweitet zu haben, aber dabei handelt es sich nur um in legale Verhältnisse überführte Anschlüsse in Siedlungen. Außerdem wurde niemals das Bevölkerungswachstum berücksichtigt. Wir sind heute genauso weit wie vor zehn Jahren: nur die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung kommt in den Genuss elektrischen Stroms.

Der schwerwiegendste Faktor den die Untersuchung wiedergibt und den auch schon unsere Organisation aufgedeckt hat, ist das hohe Maß technischen Energieverlustes, der unverändert geblieben ist, seit Unión Fenosa die Stromverteilung übernommen hat. Die lateinamerikanische Wirtschaftskommission CEPAL (Comisión Economica para America Latina) hat vorhergesagt, dass im Zuge der Privatisierung bis zum Jahre 2005 in Nicaragua die technischen Elektrizitätsverluste ein Maximum von 15% erreichen könnten. Aber Unión Fenosa arbeitet gegenwärtig noch mit Verlusten, die zwischen 29 und 30% liegen. Die Untersuchung zeigt, dass wegen der unterbliebenen Investitionen, die eine Verbesserung bei der Durchleitung von Energie erlaubt hätten, die Verluste weiterhin bei nicht weniger als 30% der von den Erzeugern abgegebenen Energie liegen. Unión Fenosa entschuldigt sich damit, dass sie behauptet, die Hauptverluste des Unternehmens würden durch „Stromklau“ verursacht, durch Bewohner von Siedlungen, die illegal die Stromleitungen anzapfen würden oder durch den Betrug großer Abnehmer. In unserer Organisation wissen wir durch Informationen von der Union Fenosa selbst und von CEPAL, dass nicht mehr als 5% der Verluste dem „Stromklau“ zugeordnet werden können.

Unión Fenosa zeigt auf Werbetransparenten den Satz: „Den Strom den andere stehlen, zahlen Sie“. Mit dieser perversen Propaganda versucht man einen Streit zwischen den Verbrauchern zu entfachen und die eigene Ineffizienz zu verschleiern. Dieselben Verhältnisse finden wir bei dem privaten Stromerzeuger auf Corn Island. Dieser will nicht einmal in die automatische Anschaltung der öffentlichen Beleuchtung investieren und so brennt diese Tag und Nacht. Die daraus entstehenden Kosten schlägt man auf die Rechnungen der Stromkunden. Welche Schuld tragen hier die Verbraucher? Die Verantwortung liegt hier alleine bei dem Unternehmen.

In Zentralamerika, von Panamá bis Guatemala bewegen sich die technischen Verluste zwischen 8% und 10%. Diese Größenordnungen sind akzeptabel. Wenn in den Nachbarländern sich die Verluste in dieser Größenordnung bewegen, warum akzeptieren wir in Nicaragua eine so hohe Verlustrate dieses Unternehmens? Ein Funktionär von INE / SISEP verteidigte als Vertragspartner von Unión Fenosa jüngste Tarifierhöhungen mit der Argumentation, dass die Verluste von 15,20,30 oder 50 Prozent für sie als Regulierungsorgan keine Rolle spielten, da sie bei der Tarifgestaltung nur einen Verlust von 15% anerkennen würden. Wir als Organisation widersprachen: „ Sie berührt das vielleicht nicht weil Sie gut verdienen und die Energiepreise Ihr Einkommen nicht berührt, aber uns als Verbraucher berührte es schon, wenn die tatsächlichen Verluste 30% betragen, denn die anderen 15%, die Sie nicht anerkennen, kassiert man von uns Verbrauchern auf anderem Wege. Und für Nicaragua bedeuten diese Verluste, dass fast 30% der Ausgaben für Erdöl verschwendet werden.

Unión Fenosa gründete im Jahre 2002 auch vier Subunternehmen. Eines, das für Stromabschaltungen bei säumigen Kunden zuständig ist. Ein anderes ist für die Wiedereinschaltung zuständig, ein weiteres arbeitet für den Betrieb des Netzes und das letzte schließlich für die Verteilung der Verbrauchsrechnungen an die Haushalte. Die Beschäftigten dieser vier Unternehmen haben keine Arbeitsverträge, bekommen keine Sozialleistungen, arbeiten im Auftrag von Leiharbeitsfirmen, arbeiten Akkord und werden nach Anzahl der Stromabschaltungen und Wiederanschlaltungen bezahlt. Einige dieser Beschäftigten geben sich deshalb für jede Art von Betrug und illegalen Geschäften mit den Verbrauchern zur Umgehung von Zahlungsverpflichtungen oder Reduzierung von Zahlungen oder bei der Einrichtung von Stromanschlüssen her.

Wir haben an Hand der Stromrechnungen aufgezeigt, dass die Verbraucher seit dem Jahre 2001 bis heute die Verluste und für andere Faktoren von Unwirtschaftlichkeit bezahlen. Wir haben in verschiedenen Stadtteilen Stromrechnungen gesammelt und festgestellt, dass für die Verbraucher mit dem kleinsten Stromverbrauch die Stromrechnungen um 100% gestiegen sind. Rechnungen für mittlere Verbrauchsmengen wurden um 200% teurer und Abnahmen über 500 kW / h um 400%. Wie lässt es sich erklären, dass jemand der seither für seinen Stromverbrauch 500 Cordobas (ca. 26 €) bezahlt hat bei gleichem Verbrauch jetzt 2000 Cordobas (ca.105€) zahlen soll, obwohl in den vergangenen Jahren der Preis offiziell insgesamt nur um 20% gestiegen ist?

Entweder berechnet uns Unión Fenosa mehr Kilowatt, liest die Zähler nicht richtig ab, oder diese sind falsch geeicht oder man kassiert noch andere Posten, die wir eigentlich nicht zu bezahlen haben.

Wir in unserer Organisation glauben, dass die Stromzähler außer dass sie für andere Arten von Installationen bestimmt sind, nicht richtig geeicht sind. Unsere Organisation hat gefordert, dass die Stromzähler von staatlichen Stellen eingestellt werden sollten. Aber die Firma welche die Zähler geliefert hat, tat dies im Auftrag von Unión Fenosa. Auf diese Weise beschafft Unión Fenosa die Zähler von wo sie will, eicht und montiert und entfernt sie, wann sei will. So ist das Unternehmen im gesamten Verfahren Richter und gleichzeitig Partei. Unsere Organisation hat gefordert, dass die Verbraucher sich auf ein staatliches oder unabhängiges Institut stützen können muss, dass seinen Stromzähler im Zweifelsfall überprüft.

Es sind viele ungerechtfertigte Forderungen, die Unión Fenosa den Rechnungen die der Verbraucher zu zahlen hat, zuschlägt. Der Posten „Vermarktung“ beispielsweise bedeutet, dass eines der vier vorher erwähnten Subunternehmen die Rechnungen druckt und an die Haushalte zustellt. Alleine für diese Leistung werden im Minimum 30 Cordobas (ca.1,50€) kassiert. In einigen Stadtteilen zahlt man hierfür sogar 150 Cordobas (ca.5, 20 €). In den Rechnungen wird auch ein Anteil für „öffentliche Beleuchtung“ berechnet, auch dann, wenn in der Strasse oder dem Stadtteil diese gar nicht vorhanden ist. Eine andere ungerechtfertigte Berechnung ist die Gemeindesteuer, die Unternehmen an die Gemeinden zu zahlen haben und die man in Managua und anderen Orten auf die Stromrechnungen setzt und so vom Verbraucher bezahlt wird.

Und wenn man von ungerechtfertigten Forderungen spricht, muss man auch eine große Lüge erwähnen. Es wird behauptet, dass 70% der Verbraucher, jetzt spricht man sogar schon von 80%, weniger als 150 kW / h verbrauchen. Unión Fenosa begann mit dieser Behauptung und seither wiederholen dies die Minister, Richter und Präsident Bolaños ohne zu fragen, woher diese Daten stammen. Aber wäre Unión Fenosa überhaupt im Energiegeschäft, wenn 80% der Verbraucher weniger als 150 kW / h verbrauchen würden? Das hieße, dass diese Verbraucher in ihren Haushalten nur zwei Glühbirnen und einen Ventilator betreiben würden. Die Wirklichkeit ist genau umgekehrt, kaum 30% der Verbraucher beziehen weniger als 150 kW / h.

Reklamationen bei der Unión Fenosa haben sich in ein wahres Martyrium verwandelt. Keine staatliche Autorität überwacht heute diese Unternehmen. Aber genau dieses müsste der Staat tun, denn es handelt sich um ein privates Unternehmen, das eine öffentliche Dienstleistung erbringt. Gemäß Artikel 105 der Verfassung muss die öffentliche Dienstleistung eines staatlichen oder privaten Unternehmens vom Staat garantiert werden und der Zugang zu dieser Leistung für die gesamte Bevölkerung gesichert sein.

Erdölunternehmen, Energieerzeugungsunternehmen, Energieverteiler..., am Ende der Kette steht der Staat. Welche Rolle spielt der Staat? In Nicaragua gibt es mindestens vier staatliche Gremien, die für den Energiebereich verantwortlich sind. Eines war INE (Instituto Nicaragüense de Energia) und ist heute die Energieaufsicht innerhalb der neuen Institution SISEP (Superintendencia de Servicios Públicos = Überwachung öffentlicher Dienstleistungen), die im Zuge der von der Exekutive in Frage gestellten Verfassungsreformen entstanden ist. SISEP ist die Regulierungsbehörde, die Stromerzeuger, Unión Fenosa, Tarife und Elektrizitätsübertragung regulieren soll. Die trübe Vergangenheit der INE war für Energieerzeuger und Unión Fenosa ein Vorteil.

In gleicher Weise war dies die Nationale Energiekommission. An ihrer Spitze war Raúl Solórzano, Relikt des Somozismus in dieser Angelegenheit. Seine Aufgabe besteht in der Planung der nationalen Energiepolitik. Aber einstweilen ist er nur eine Art Helfer für alle Investoren die kommen und sich für Projekte der Wasserkraft sowie geothermische Energieerzeugung oder Windenergie interessieren. In diesem Zusammenhang hat unsere Organisation vorgeschlagen, dass der Staat an jedem Unternehmen alternativer Energiegewinnung das in unserem Land gegründet wird mindestens mit 50% beteiligt sein muss. Damit soll vermieden werden, dass man weiterhin in der Abhängigkeit von Investoren bleibt, die nur kommen, um in einem Geschäftsfeld das weltweit immer rentabler wird, ihre Vorteile zu suchen. Der Verantwortliche der Nationalen Energiekommission erwähnt überdies niemals die Rolle des Staates im Energiesektor. Er ist der Typ jener Funktionäre, die es in Nicaragua im Überfluss gibt, Funktionäre die gegen staatliche Investitionen im öffentlichen Bereich sind, aber gleichzeitig üppige Gehälter aus öffentlichen Mitteln beziehen und deren privates Leben sich immer vom öffentlichen Sektor abgekapselt hat. Es sind jene Funktionäre, die nicht begreifen, was die soziale Funktion des Staates ist.

Ein weiteres Glied in der Kette der Energieerzeugung und -verteilung ist auch ENEL (Empresa Nicaragüense de Electricidad), ein technische Institution, die auch die Verantwortung für Hidrogesa, die Kraftwerke in der Bergbauzone und den Hafen von Puerto Cabezas trägt, Betriebe, die noch in staatlicher Hand sind. Die Institution erarbeiten ständig technische Studien, die in der Wirklichkeit aber nie ihren Niederschlag finden.

Und am Ende der Kette befindet sich schließlich Präsident Bolaños.

Im Monat Juni, als der internationale Preis des Erdöls nicht mehr zu stoppen war, rief Präsident Bolaños zur Verhinderung von Stromabschaltungen den „wirtschaftlichen Notstand“ aus und entschied per Dekret die Anhebung der Strompreise um 12%. Damit sollten die Verluste von Union Fenosa und der Stromerzeuger ausgeglichen werden. Diese Maßnahme war nicht Aufgabe des Präsidenten sondern liegt in der Zuständigkeit der Regulierungsbehörde SISEP. Unsere Organisation wurde beim Obersten Gerichtshof um Unterstützung gegen das Dekret vorstellig, der dieses auch prompt annullierte, ein Akt mehr im Krieg der politischen Positionen und der vielen Scharmützel in der Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive.

Nur kurze Zeit später ordnete die gerade gegründete Regulierungsbehörde SISEP eine Tarifierhöhung um 5,98% an, zusätzlich um eine stufenweise Anhebung von monatlich 1,5%, die sich bis zum Ende des Jahre auf 13% summiert hätten, was nahezu dasselbe wie die von Präsident Bolaños verordnete Erhöhung bedeutet hätte. Unsere Organisation wurde erneut beim Obersten Gerichtshof vorstellig, der uns in erster Instanz Recht gab. Unión Fenosa und die Stromerzeuger antworteten umgehend mit einem zügellosen Erpressungsprogramm von ausgedehnten Stromabschaltungen, die sich über mehr als zwei Wochen erstreckten und die wirtschaftliche und soziale Krise des Landes verschlimmerten.

Unsere Organisation begann auf Grund der Prozessordnung des Obersten Gerichtshofes ein Vermittlungsverfahren mit der Regulierungsbehörde SISEP, denn uns war klar, dass der Oberste Gerichtshof gegen uns und damit gegen die Verbraucher entscheiden könnte, denn SISEP als ein Produkt des politischen Paktes zwischen der PLC und der FSLN, steht unter dem Schutz des Obersten Gerichtshofes, der sich seinerseits in Abhängigkeit dieses Paktes befindet. Unsere Bemühungen zielten darauf ab, unsere Klage aufzugeben, wenn die SISEP sich verpflichten würde die Kosten der Unión Fenosa zu revidieren, eine Überprüfung deren Geschäftsablauf unter Beteiligung der organisierten Verbraucherschaft durchzuführen und die ungerechtfertigten Kostenanteile, welche die Rechnungen der Verbraucher in die Höhe treiben, zu eliminieren. Wir schlugen diesen Weg ein, um SISEP auf die Probe zu stellen, damit diese Institution zeigen konnte, dass sie anders als INE zum Wohle der Verbraucher agiert, so wie uns das die Vertreter des politischen Pakts präsentiert hatten.

Aber der Erdölpreis stieg weiter und Unión Fenosa und die Energieerzeuger forderten weiterhin einen Ausgleich für ihre dadurch mit verursachten Verlusten. Nach den Stromausfällen des Monats September erarbeiteten und vereinbarten Präsident Bolaños und die Parlamentsabgeordneten ein Gesetz unter dem Titel „Energiestabilität“. Dieses Gesetz revidierte weder die Struktur in der Energieerzeugung noch die Kosten für die Ineffizienz der Unión Fenosa und der Stromerzeuger und räumt den Privatunternehmen weiterhin Privilegien auf Kosten des Staates ein. Mit der Unterschrift zu diesem Gesetz entschieden Exekutive und Legislative neben anderen Bestandteilen 30 Millionen US-Dollar aus den Gewinnen der Hidrogesa an die Unión Fenosa und die Stromerzeuger zahlen und beließen die Koppelung der Stromtarife an den Ölpreis und den Kurs des Dollars.

Welches Drama stellt dies alles dar?

Unión Fenosa und die Stromerzeuger könnten von der Regierung selbst 50 oder 100 Millionen Dollar erhalten, es wäre so, als wollte man ein Fass ohne Boden füllen. César Zamora vom Stromerzeuger Corinto Power, der immer redet, als sei er der Sprecher der Unión Fenosa, gab auf einer Pressekonferenz zu, dass die 30 Millionen Dollar, die von der Regierung an Subventionen zugesichert wurden, schon längst ausgegeben seien und bis 30. September kaum eine Lösung der Probleme in Aussicht sei und wenn nicht weitere Subventionen gezahlt würden, es erneut zu Stromausfällen kommen würde. Gerade das Unternehmen, das Zamora vertritt, verkauft seinen Strom am teuersten, denn 50% seiner Stromerzeugung verkauft Corinto Power je nach Gelegenheit.

Das Drama besteht auch darin, dass man weiterhin den teuersten Brennstoff kauft und dass der Staat für einen Machtfaktor bezahlt, gleichgültig ob Energie produziert wird oder nicht und das nichts für den Unterhalt der Energieanlagen getan wird. Und ohne Instandhaltung und Pflege werfen diese weniger Gewinn ab und erzeugen weniger. Was Unión Fenosa tun müsste wenn die nationale Energieproduktion den Bedarf nicht deckt, wäre Strom auf dem zentralamerikanischen Markt hinzu zu kaufen, der dort ausreichend vorhanden ist. Aber Unión Fenosa macht dies nicht und Unión Fenosa investiert nicht. Alle Gewinne, die dieses Unternehmen in Nicaragua macht, fließen nach Spanien. In jedem kapitalistischen Land muss ein Unternehmen, das in eine Krise gerät, Kapital zuschießen um seinen Betrieb weiterführen zu können, muss verhandeln, Ideen und Initiativen entwickeln. Wenn es eine weltweite Wirtschaftsdepression gibt, sind alle Unternehmen betroffen. Hier nicht, nicht in Nicaragua, hier deckt der Staat die privatwirtschaftlichen Verluste mit Subventionen.

Deshalb liegt es auf der Hand, dass sich unsere Organisation gegen das neue Energiegesetz wenden wird.

Wie lange kann diese absurde und unverantwortliche Situation anhalten, die durch das vom Parlament verabschiedete Gesetz zur Stabilität des Energiesektors festgeschrieben wurde? Und wie viele Nicaraguaner können ihren Strom noch bezahlen, wenn das Fass Rohöl einen Preis von 100 Dollar erreicht und die Energiepreise zusätzlich durch ineffiziente thermische Kraftwerke und eine Unión Fenosa, die 30% der Energie verschwendet, zusätzlich steigen?

Wir wetten darauf, dass Unión Fenosa sich an den Problemen verschleißt und wir Verbraucher dazu beitragen werden, in dem wir die Rückzahlung der Steuern fordern, die uns das Unternehmen ungerechtfertigt berechnet hat, in dem wir verlangen, dass keine Vermarktungskosten von uns kassiert werden und nicht verbrauchter Strom berechnet wird, indem wir andere Methoden zur Eichung der Stromzähler fordern und alle fehlerhaften Rechnungen reklamieren. Darüber hinaus fordern wir von dem Unternehmen die räumliche Ausweitung seiner Dienstleistung.

Die Krise ist so komplex, dass wir davon überzeugt sind, dass Unión Fenosa Nicaragua unter dem Druck der Verhältnisse verlassen muss. Denn in einem Land mit so niedrigen Löhnen und einer so verarmten Bevölkerung gibt es für dieses Unternehmen keine Möglichkeit, das Niveau seiner Gewinne aufrecht zu erhalten.

Wie werden die Menschen reagieren, wenn keine Autorität das Unternehmen zwingt, effizienter zu arbeiten, seine Kosten zu verringern und die Tarife zu senken? Sie werden die Stromleitungen illegal anzapfen (pegarse). Und kappen sei diese Anschlüsse, installiert man sie einfach erneut. Ich bin überzeugt, dass die Hälfte der Leute denen wegen unbezahlter Rechnungen der Anschluss gesperrt wird, auf irgendeine Weise Mittel und Wege finden, sich mit Strom zu versorgen und sei es nur für kurze Zeit. Dies wird die Unión Fenosa veranlassen in den Stadtvierteln mehr Leute zur Bewachung ihres Leitungsnetzes anzustellen. In einigen Stadtvierteln von Managua geschieht dies schon. Dort gehen die Kontrolltrupps des Unternehmens ihre Runden, um Stromklau zu verhindern.

Unsere Organisation rechnet damit, dass Unión Fenosa, die so wenig investiert hat und ihre Investitionen bereits in den ersten drei Jahren wieder erwirtschaftet hatte, nicht weiter in Nicaragua investieren wird.

Wir rechnen auch damit, dass das Unternehmen bereits daran denkt, das Land zu verlassen und die Firma umstrukturiert, um sie an die nicaraguanische Firmengruppe Pellas zu überführen. Aber vor dem Rückzug will Unión Fenosa Bedingungen herstellen, die es dem Unternehmen ermöglichen, die Sicherheitsleistungen zu kassieren, die in dem Vertrag mit dem Staat festgelegt sind. Die Sicherheitsleistung die der nicaraguanische Staat für den Fall bezahlen müsste, dass er sich entschiede die Energieversorgung zu verstaatlichen, wie das viele Leute fordern, beträgt mehr als 100 Millionen US-Dollar. Unsere Organisation ist der Auffassung, dass vor einer Verstaatlichung der Konzessionsvertrag mit Unión Fenosa revidiert werden muss, um zu demonstrieren, dass man nicht gewillt ist, die Vereinbarungen mit diesem transnationalen Unternehmen zu erfüllen und den Vertrag aufhebt. Wenn man diesen Vertrag nicht aufhebt, wird Unión Fenosa die Zahlung dieser 100 Millionen US-Dollar fordern. Dabei handelt es sich um eine Zahlung, zu denen die Weltbank die Regierungen verpflichtet, wenn transnationale Unternehmen in unseren Ländern „investiert“ haben, sich aber wieder zurückziehen. Diese Sicherheitsleistungen sind auch Bestandteil des angestrebten Freihandelsabkommen TLC für Lateinamerika.

Durch alle die Dinge die geschehen, Preisanstieg bei Erdöl, ständige Gefahr von Stromausfällen, Erhöhung der Stromtarife, ist sich die Bevölkerung, so glauben wir, der Problematik ein wenig bewusster. Deshalb müssen wir einen anderen Ausweg finden. Außerdem hat unsere Organisation unter den Parlamentsabgeordneten einige getroffen, die eine angemessene Wahrnehmung und eine größerer Sensibilität für die Energiekrise besitzen.

Generell ist die Meinung in Nicaragua zu dieser Angelegenheit heute gespalten. Die Verbraucher die in der Lage sind die höheren Tarife zu bezahlen sagen: „Erhöht die Tarife, aber bewahrt mich vor den Stromausfällen“. Aber die Mehrheit der Leute sagt etwas anderes: „Uns ist klar, dass der Erdölpreis steigt und damit auch die Stromtarife steigen müssen, deshalb rationiert den Strom, indem ihr zeitweise abschaltet, aber nicht zweimal am Tage, sondern für eine kurze Dauer zu festen Zeiten, aber erhöht uns nicht die Tarife!“

Und was wird geschehen, wenn Unión Fenosa Nicaragua verlässt? Die Dominikanische Republik musste das Unternehmen bereits verlassen. Die Gründe hierfür waren die gleichen, wegen denen sie von hier weggehen müssten. Die Protestaktionen der Verbraucher in der Dominikanischen Republik richteten sich gegen die gleichen ungerechtfertigten Zahlungsansprüche gegenüber den Kunden, gegen dieselbe Ineffizienz und fehlende Investitionen. Union Fenosa zeigte sich dort als das in jeder Hinsicht gleich unsensible, ineffiziente Unternehmen, nach denselben Methoden und Verfahren arbeitend. Unión Fenosa ging und hinterließ ein lückenhaftes, abgewirtschaftetes Stromnetz. Die dortige Regierung ist gegenwärtig damit beschäftigt, dieses wieder herzustellen.

Wenn Unión Fenosa ginge, gäbe in Nicaragua kein Chaos, denn das Personal mit dem das Unternehmen gegenwärtig arbeitet ist praktisch identisch mit dem von ENEL, (Empresa Nicaragüense de Electricidad). Mehr noch, die Mehrzahl der Funktionäre von INE (Instituto Nicaragüense de Energia) sind auch Funktionäre der Unión Fenosa, besonders nachdem der Spanier der als erster Geschäftsführer hier tätig war, aus Spanien die Weisung erhielt, mehr Inländer zu beschäftigen, denn arbeiteten 50 Spanier hier, die in Hotels wohnten und bis zu 8.000 US-Dollar pro Monat verdienten. Heute sind es Nicaraguaner die das Versorgungssystem betreuen und über alle Kenntnisse zum Betrieb desselben verfügen. Deshalb sind Befürchtungen über ein mögliches Chaos im Falle des Rückzugs von Unión Fenosa unnötig. Im Augenblick nähern wir uns mit oder ohne dieses Unternehmen dem Chaos. Wenn Union Fenosa geht, so geht nur die Führungsspitze des Unternehmens, alle anderen bleiben.

Der Kampf um die Aufhebung des Vertrages mit Unión Fenosa ist durchführbar. Man muss diese Idee verbreiten und unter die Leute bringen. Auch von den eigenen Arbeitern wird Unión Fenosa nicht gemocht und die Gewerkschaften fürchten das Unternehmen. Unsere Organisation kann sich nicht einmal mit ihnen treffen, denn das Unternehmen steht in dem Ruf, über alles informiert zu sein und kennt überraschenderweise alle Daten, über die wir verfügen. Die Belegschaft ist vom Unternehmen so organisiert, dass der Bereich A nicht weiß, was der Bereich B macht und der Bereich B nichts vom Bereich C weiß. Die Zergliederung der Arbeitsprozesse geht so weit, dass die Arbeiter nicht mehr wissen, als sie wissen müssen.

Unsere Organisation denkt, dass wir im Jahr 2006, dies ist Wahljahr, von allen Präsidentschaftskandidaten fordern müssen, uns zu erklären, welche Verpflichtung sie zur Lösung der Energieprobleme des Landes übernehmen und verlangen, dass Energie nationalisiert wird. Und wenn nicht, darf die Energieverteilung kein Monopol sein, sondern könnte wie in Panamá organisiert sein, wo es fünf Verteilungsunternehmen gibt. Wir müssen ferner Investitionen des Staates in Unternehmen fordern, die in genau bestimmten Zonen die Versorgung abdecken.

Man kann dagegen einwenden, dass der Staat ineffizient sei. Aber wenn der politische Wille besteht öffentliche Dienstleistungen gut zu verwalten und die staatlichen Funktionäre sich bewusst sind, dass sie der Bevölkerung zu dienen haben, ihre Pflichten erfüllen, Pläne und Ziele haben, dann funktionieren auch staatliche Unternehmen gut. Wenn staatliche Funktionäre ihre Pflichten aber vernachlässigen und sich auch noch an staatlichen Geldern vergreifen, so ist dies zu verurteilen. Um das Ziel guter öffentlicher Dienstleistungen zu erreichen müssen sich die Bürger und Verbraucher organisieren.

Was wir in Nicaragua sehen müssen ist, dass öffentliche Dienstleistungen die sich in den Händen transnationaler und privater Unternehmen befinden, schlechter als die sind, die der Staat noch in den Händen hat. Alles für einen funktionierenden Staat zu tun, ist auch eine Herausforderung für die Bürger. In jedem beliebigen Land der Welt kann ein Staat gut oder schlecht funktionieren. In Costa Rica beispielsweise hat der Staat alle öffentlichen Dienstleistungen übernommen und funktioniert gut. In New Orleans haben die öffentlichen Dienste der Vereinigten Staaten nach dem Wirbelsturm Katrina hingegen schlecht funktioniert. Aber in vielen Ländern gibt es gute Erfahrungen mit öffentlichen Dienstleistungen und von denen gilt es zu lernen. Ich glaube dass wir in Nicaragua in dieser Hinsicht vor vielen Herausforderungen stehen, aber ich glaube auch, dass wir heute über genug Menschen verfügen, die willens sind Verpflichtungen zu übernehmen, damit der Staat Nicaragua besser funktioniert.

Das Problem ist nicht nur, dass Unión Fenosa gehen könnte. Dahinter steht das Problem, wie diejenigen welche heute die Macht haben, angesichts der Krise unsers Energiesystems handeln werden. Alle Länder werden heute von einer gewaltigen neoliberalen Woge erfasst. Dies ist ein großer Nachteil für unser Land: „das große Unternehmen“ (unser Land) ist so unterentwickelt, so kurzfristig, so parasitär, dass es fast unmöglich ist, Denkansätze in nationalem Interesse zu entwickeln. Die Mehrheit ist bereit, „das Unternehmen“ (unser Land), Konzessionen und Lizenzen an die erste beste transnationale Firma zu verkaufen die auftaucht. Außerdem gibt es Abgeordnete, die eng mit Gruppierungen verbunden sind, die an der Erzeugung und Übertragung von Energie beteiligt sind und darüber hinaus auch an Projekten zur Privatisierung von Wasser.

Wasser ist genauso wichtig wie Energie. Zum Thema Wasser ist es uns gelungen, ein sehr umfassendes öffentliches Bewusstsein zu schaffen und es gibt hierzu schon viel mehr kritische Stimmen. Und es gibt Vorschläge zu diesem Thema. Damit haben wir es bis zum Augenblick geschafft, die Privatisierung von Wasser zu verhindern. Dafür haben wir drei Jahre gekämpft und es gibt für diese Auseinandersetzung eine wahre Widerstandsbewegung, die wir ausdehnen wollen.

Unser Kampf begann vor drei Jahren mit der Vorstellung eines Gegenentwurfs zum Wassergesetz durch unsere Organisation. Der Abgeordnete Jaime Morales Carazo der die Umweltkommission des Parlaments leitet, hatte dazu eine positive Haltung und lud uns ein, der Kommission unsere Standpunkte vorzutragen. Wir haben zahlreiche Treffen mit der Kommission gehabt, und sie hat sich sehr offen gezeigt, wenn auch nicht für unseren gesamten Gegenvorschlag, so doch für einen guten Teil unserer Beiträge, die sie übernahm, um ihre eigenen alternativen Gesetzesvorschlag zu korrigieren.

Unser Gegenvorschlag zum Wassergesetz war jedoch nicht das, was die Abgeordneten erwartet hatten. Sie hatten erwartet, wir würden nur für den Bereich des Trinkwassers intervenieren. Aber unsere Vorschläge gehen weit darüber hinaus. Wir streben an, dass Nicaragua seinen gesamten Wasservorkommen unter Schutz stellt: das umfasst die Wassereinzugsgebiete, alle Oberflächengewässer und alle unterirdischen Wasservorkommen. Nicaragua verfügt über viel Wasser, aber der größte Teil ist verschmutzt oder in Gefahr belastet zu werden. Eine große Bedrohung für die Wasserressourcen ist das Ausmaß der Waldzerstörung und des Holzeinschlages, die aggressiven landwirtschaftlichen Praktiken der Bauern und die ständige Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbauflächen. Diese Prozesse können unser Land innerhalb der nächsten zwanzig Jahre in eine Wüste verwandeln.

Am zweiten Stelle streben wir die Schaffung einer für den Wasserbereich verantwortlichen Behörde an, die neben anderen Aufgaben den Gebrauch der Wasserressourcen regelt, sich um die Gewässersanierung kümmert und über den Schutz der unterirdischen Wasservorkommen wacht. Die Notwendigkeit hierfür wird klar, wenn man sich nur ein Beispiel der ernstzunehmenden gegenwärtigen Unordnung betrachtet: Das Milchverarbeitungsunternehmen Parmalat, die Brauerei Victoria und Coca Cola haben ohne jegliche Genehmigung oder Lizenz verschiedene Brunnen installiert, denen sie Wasser entnehmen, es abfüllen und verkaufen. Dies ist für die genannten Unternehmen ein rentableres Geschäft als ihr originäres und heute verkaufen sie das in Flaschen abgefüllte Wasser teurer als ihr Bier, ihre Limonade oder Milch, ohne dass sie für die Brunnen aus denen das Wasser stammt, etwas bezahlt hätten. Deshalb müssen diese „privaten“ Brunnen nationalisiert werden. Ein weiteres Beispiel der

Unordnung ist die Tatsache, dass verschiedene Stadtteile im östlichen Managua ohne Trinkwasserversorgung auskommen müssen.

Unser Gegenentwurf berücksichtigt auch, dass bei der Regulierung des Gebrauchs der Wasservorkommen eine Machbarkeitsstudie zugrunde gelegt wird, die in Betracht zieht, zu welchem Zweck Wasser genutzt wird und die eine Rangfolge bei dem Verbrauch von Wasser aufstellt, immer unter der Bedingung, dass der menschliche Trinkwasserkonsum den ersten Rang einnimmt. Auf diese Weise wird man niemals die Genehmigung für Bewässerungsanlagen, Wasserkraftwerke oder eine andere Nutzung erteilen, wenn dadurch die Trinkwasserversorgung der Gemeinden eines Gebietes gefährdet wäre. Die Studien müssen im Ergebnis auch garantieren, dass die Umwelt nicht geschädigt wird. Weiter schlagen wir vor, dass in den Studien die Bedingung aufzunehmen ist, dass unabhängig von allen Genehmigungen der Staat Eigentümer über mindestens 70% der Energieerzeugung durch Wasserkraft ist. Einige dieser Überlegungen wurden nicht in den Gegenentwurf der Abgeordneten übernommen, da diese bereits generell entschieden hatten. Aber das was schon verabschiedet wurde, erlaubt dem Staat eine bessere Kontrolle als er sie bis heute ausübt. Im neuen Gesetz gibt es fünf oder sechs Artikel, die uns noch ziemlich gefährlich erscheinen und gegen die man weiterhin Druck ausüben muss. Unsere Organisation kämpft hierfür und dafür, dass das neue Gesetz noch vor der Verabschiedung des amerikanischen Freihandelsabkommens TLC in Kraft tritt, damit die Privatisierung nicht auf diesem Wege sozusagen durch die Hintertür erfolgen kann.

Energie und Wasser sind die gewinnbringendsten Ressourcen und es ist deshalb nicht zufällig, dass die transnationalen Unternehmen in unser Land kommen, um sich diese Ressourcen anzueignen. Aber noch ist es Zeit! Die Nicaraguaner haben noch genügend Mittel, um ihre eigene Strategie, eine wirklich nationale Strategie, für den Energie- und Wasserbereich zu schmieden. Das was wir brauchen sind Regierende und eine politische Klasse die eine andere Haltung haben und sich Nicaragua verpflichtet fühlen. Was wir brauchen sind soziale Organisationen die kämpfen, die Druck ausüben, die sich informieren, die Vorschläge machen. Noch gibt es Möglichkeiten Nicaragua vor einer tragischen Zukunft zu bewahren. Wir haben die Möglichkeit saubere Energie auf nachhaltige Weise zu produzieren und können Wasser im Überfluss haben. Und das Land, das über Wasser und Energie verfügt, besitzt in der globalisierten Welt in der wir Leben einen Vorteil.